

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagsredaktion: Pulsnitzer Tageblatt
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privatbank, Zweigstelle Pulsnitz

Ercheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Messe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul; amtlich 1 mm 30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50% Zuschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörn, Brettnitz, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tschendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Eichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. F. J. Erben (Insg. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 113

Dienstag, den 15 Mai 1928

80. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Reichstagswahl.

I. Für die Wahl zum Reichstage, die am

Sonntag, den 20. Mai 1928

in den Stunden von vormittags 8 bis nachmittags 5 Uhr

stattfinden soll, ist die Stadt Pulsnitz in zwei Stimmbezirke eingeteilt worden. Es umfassen der 1. Stimmbezirk die Albertstraße, Bismarckplatz, Fabrikstraße 6 und 7, Feldstraße Ortsl. Nr. 270 bis 273 B, Gartenstraße, Großhörnstraße, Grüne Straße, Hauptmarkt, Humpelstraße, Kurze Gasse, sowie Ortsl.-Nr. 318 und 319, Lange Straße, Meißner Gäßchen, Neumarkt, Dhorner Straße 1 bis 18, 18 und 20 bis 40, Polzenberg, Querstraße, Rietschelsstraße, Rittergut Ortsl.-Nr. 8, Schloßstraße, Waldstraße; und der 2. Stimmbezirk die Bahnhofsstraße einschließlich Bahnhofsgebäude, Bischofswerder, Straße 1 bis 22 und Ortsl.-Nr. 173 bis 175 K, Dreherstraße, Fabrikstraße 1 bis 5, Hauptstraße, Ramenzer Straße 1 bis 35 sowie Ortsl.-Nr. 252 B, 252 E, 252 J, 372, 373 bis 373 P, Kapellgärtchenstraße, Königsbrücker Straße 1 bis 7, Ortsl.-Nr. 370, 371, 375 bis 375 D, 376, Kühnstraße, Dr. Michaelstraße, Dhornerstraße 17 und 19, Alte Dhorner Straße, Poststraße, Schießstraße 1 bis 70 und Ortsl.-Nr. 236 J und 235 C, Schillerstraße, Siegesbergstraße, Weidenplatz.

II. Nach § 119 der Reichsstimmordnung dürfen am Abstimmungsstage nach 5 Uhr nachmittags nur noch die Stimmberechtigten zur Stimmabgabe zugelassen werden, die in diesem Zeitpunkt im Abstimmungsraum schon anwesend waren.

III. Als Abstimmungsvorsteher bzw. Stellvertreter sind ernannt worden:

1. Stimmbezirk Herr Stadtrat Beyer als Abstimmungsvorsteher, Herr Stadtrat Bachstein als Stellvertreter, (Abstimmungslokal Ratskeller, 1. Obergeschloß);
2. Stimmbezirk Herr Stadtrat Garten als Abstimmungsvorsteher, Herr Stadtrat Köhler als Stellvertreter, (Abstimmungslokal Schützenhaus Pulsnitz).

- IV. Weiter wird bekannt gemacht,
- 1.) daß die für die Reichstagswahl zu benutzenden Stimmzettel amtlich hergestellt worden sind und am Abstimmungsstage im Abstimmungsraum den Stimmberechtigten ausgehändigt werden,
 - 2.) daß der Stimmberechtigte bei der Stimmabgabe durch ein Kreuz (+) oder Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise den Wahlvorschlag zu bezeichnen hat, dem er seine Stimme geben will,
 - 3.) daß Stimmzettel, die diesen Bestimmungen nicht entsprechen, ungültig sind.

Pulsnitz, den 14. Mai 1928.

Rat der Stadt

Stadtverordnetenkollegium.

Hiermit wird bekannt gegeben, daß die Herren Fabrikbesitzer Johannes Heine und Tapeziermeister Arno Mauch aus dem Stadtverordnetenkollegium ausgeschieden sind. Dafür sind in das Kollegium eingetreten die Herren: Fleischbeschauer Max Kemnitz, Rietschelsstraße 5 und Kaufmann Oswald Buchelt, Neumarkt 7/9

Pulsnitz, am 14. Mai 1928.

Rat der Stadt.

Mittwoch, den 16. Mai 1928

sollen in Pulsnitz im Rest. z. Bürgergarten zwangsweise gegen Barzahlung, meistbietend öffentlich versteigert werden:

- 1.) vormittags 11 Uhr
1 geschlossen Ratswagen, 1 Schreibtisch, 1 Wanduhr, 1 Sofa, 1 großer Kleiderschrank, 1 Glaschrank, 1 Tisch,
 - 2.) nachmittag 1/3 Uhr
1 großer Lederreibrücken, 1 großes Bild mit Rahmen, 2 Sofas, 1 Vertiko.
- Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz

Das Wichtigste

In Genf hat der Große Wirtschaftsrat des Völkerbundes seine Beratungen ausgenommen. Der belgische Ministerrat genehmigte heute den endgültigen Text des Seeresorgegesetzentwurfs, sobald die Herabsetzung der Dienstzeit mit dem Jahre 1930 und die regionale Rekrutierung bereits in diesem Jahre in Kraft treten kann. Die gestern nachmittags in Neuchâtel niedergegangenen Hilfsflugzeuge zur Bergung der Bremen sind noch am gleichen Nachmittag weitergefliegen. Die griechische Regierung beschloß, für das Erdbebengebiet von Korinth ein Moratorium zu gewähren. Wie aus Tiflis gemeldet wird, wurden dort gestern mehrere starke Erdbeben verspürt, die von starkem unterirdischem Getöse begleitet waren. Die Bevölkerung flüchtete auf die Straßen und Plätze. Viele Häuser haben Risse erhalten. Der amerikanische Milliardär von Bear Block ist gestern zu seinem seit längerer Zeit geplanten Weltflug im Londoner Flughafen Croydon aufgestiegen. Wie aus New York gemeldet wird, hat der amerikanische Konsul in Fiananfu die Anweisung erhalten, in dem japanisch-chinesischen Konflikt in Fiananfu die Mittlerrolle zu übernehmen, wenn er von beiden Seiten aufgefordert werden würde. Die chinesischen Soldaten rücken gegen Tientsin vor. Wie aus Kanton gemeldet wird, wurde die Stadt von einem schweren Dekan heimgesucht, der 7 Personen das Leben kostete.

Die deutsche Arbeiterschaft und die Wahlen.

Fast fünfzehn Millionen Arbeiter im Deutschen Reich sind eine Masse, die nahezu die Hälfte aller wahlberechtigten Staatsbürger bilden und daher — schon rein zahlenmäßig — den allergrößten Einfluß auf den Ausgang der bevorstehenden Reichstagswahlen haben. Bei der verhängnisvollen politischen Zerissenheit des gesamten deutschen Volkes ist aber auch bei der Arbeiterschaft keine „Einheitsfront“ möglich. Es liegen zwischen verschiedenen Teilen der Arbeiterschaft zum Teil in ursprünglicher Weltanschauung und nationaler Einstellung wurzelnde Gegensätze vor, die vielfach infolge politischer Verheerung und Irreführung zu Klaffen, unüberbrückbaren Rissen gesteigert sind. Wenn aber die leidige Politik ausgeschaltet wird, und wir die Arbeiterschaft nicht als politische, sondern als soziale Masse betrachten, so ist doch gewissermaßen ein einheitliches Ganzes, und zwar die Gesamtheit der Handarbeiter des deutschen Volkes, neben denen wieder die Kopparbeiter eine zweite Gesamtheit bilden. Beide Gruppen haben in Staat und Wirtschaft viele und lebenswichtige gemeinsame Interessen, wenn sich auch nicht abtrüben läßt, daß auf manchen Gebieten die beiderseitigen Interessen sich entgegenstellen. Es ist ein wichtiges Erfordernis für einen Kulturstaat, den richtigen und gerechten Ausgleich in der Bewertung von Kopfarbeit und Handarbeit zu finden. Unser Zeitalter der Maschine, der Elektrizität und Chemie hat einen viel größeren Bedarf an geistigen Arbeitern, als frühere, primitivere Perioden, ohne jedoch den Bedarf an Handarbeitern eingeschränkt zu haben. Ungeachtet der zeitweisen starken Arbeitslosigkeit haben wir in Teilgebieten unserer Wirtschaft

Wie sich die Reichsbahn die Tarif-Erhöhung denkt

Abkündigung des 4-Klassensystems im Personenverkehr
Wesentliche Erhöhung der Tarife für die Holzklasse

Allgemeine Wehrpflicht in der Mandschurei — Zu Dr. Stresemanns Erkrankung

Die von der Reichsbahn der Reichsregierung eingereichte Denkschrift zur Begründung der Forderung nach Erhöhung der Reichsbahntarife ist nunmehr der Öffentlichkeit übergeben worden. Die Reichsbahn verteidigt ihre Forderung damit, daß einmal die Davesleistungen sich in diesem Jahre erheblich vermehren, und daß außerdem keine Gewähr für die Sicherheit des Banbetriebes geleistet werden kann, wenn ihr nicht dringend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Reichsbahn berechnet, daß sie aus den Tarif-Erhöhungen jährlich eine Mehreinnahme von 250 Millionen Mark herausziehen müsse. An diesem Aufkommen soll der Güterverkehr mit 195 Millionen, der Personenverkehr mit 55 Millionen Mark beteiligt werden. Alle Ausnahmetarife für Güter fallen künftig fort. Die Reichsbahn ist optimistisch genug zu glauben, daß durch die Tarif-Erhöhung eine Abwanderung zu Auto- und Binnenschiffahrt von etwa 2 v. H. eintreten wird, wogegen die Wirtschaftskreise ihr bereits den Ausfall von 4—5 v. H. nachgerechnet haben. Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren kommt die Reichsbahn zu dem Ergebnis, daß sie insgesamt um 10 v. H. die Tarife erhöhen muß, um die gewünschte Mehreinnahme zu erreichen. Zugleich mit der Tarif-Erhöhung legt die Reichsbahn eine grundsätzliche Veränderung durch Einführung des Zweiklassensystems vor. Es soll

künftig nur eine Postler- und eine Holzklasse geben, d. h. die dritte Klasse fällt fort, aber auf die erste Klasse will die Reichsbahn mit Rücksicht auf den internationalen Verkehr und die Einführung von Luxusjügen nicht verzichten.

Der Pferdefuß der ganzen Vorlage liegt darin, daß durch Zusammenlegung der dritten und vierten Klasse die bisherigen Reisenden der vierten Klasse gezwungen sein werden, die Tarife der früheren dritten Klasse zu zahlen und obendrein noch die jetzt geplante Erhöhung, also insgesamt 12 Prozent mehr als bisher. Den bisherigen Reisenden der dritten Klasse werden dadurch die Unannehmlichkeiten dieser Klasse genommen und obendrein bei ungünstigerer Fahrgelegenheit die Fahrpreise verteuert. Die Reichsbahn will natürlich damit bezwecken, daß ein großer Teil der Reisenden der bisherigen dritten Klasse in die Postlerklasse abwandert, damit ihr trotz der Herabsetzung der Fahrpreise der Postlerklasse gegenüber den Preisen der bisherigen zweiten Klasse die Möglichkeit zu weiteren Einnahmen eröffnet wird. Die Zeitkarten in der Holzklasse erfahren keine Verteuerung.

Bedenklich geradezu ist die Erhöhung der Schnellzugszuschläge, die Hand in Hand geht mit einer Einschränkung der bisherigen beschleunigten Personenzüge, die gerade von dem

eine vierte und fünfte Zuschlagszone außer der selbstverständlichen Erhöhung der Schnellzugszuschläge einführen. Andererseits sollen die Schnellzugszuschläge an sich noch einmal erhöht und die jetzt zu schlagfreien Eilzüge auch mit einem Zuschlag belegt werden.

Die Reichsbahn scheint der Zustimmung der Reichsregierung für ihre Tarif-Erhöhung ziemlich sicher zu sein. Nur über das Ausmaß der Auswirkung ist sie sich sicher nicht im Klaren, denn sonst müßte sie wissen, daß sie nicht, wie sie in der Denkschrift behauptet, der Belebung der Wirtschaft dient, sondern nur das Zeichen zu einer allgemeinen Erhöhung der Gehälter, Löhne und Preise gibt.

Allgemeine Wehrpflicht in der Mandschurei

Peking, 15. Mai. Tschangtschun hat dem Gouverneur von Mukden den Befehl erteilt, die bis jetzt erfolgte Anwerbung von Söldnern einzustellen und die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Blättermeldungen zufolge wird zurzeit die männliche Bevölkerung in der Mandschurei in die Stammlisten eingetragen.

Zu Dr. Stresemanns Erkrankung

Berlin, 15. Mai. Wie einige Morgenblätter zur Erkrankung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann ergänzend berichten, machen die behandelnden Ärzte die Überanstrengung in der letzten Zeit für die Erkrankung, für die bestimmte Ursachen nicht feststellen sind, mit verantwortlich. Für eine Fleischvergiftung hätten sich keine Anhaltspunkte ergeben. Dr. Stresemann habe seit drei Tagen keine Nahrung zu sich zu nehmen vermocht, was eine Schwächung des ganzen Organismus zur Folge gehabt habe. Darum sei gestern Abend eine Verjüngung eingetreten. Dr. Stresemann konnte zum ersten Male wieder etwas Nahrung vertragen. Dagegen mache die Nierenaffektion jetzt mehr Sorgen, als das Magen- und Darmleiden. Die Ärzte und seine Umgebung hoffen, daß Dr. Stresemanns starke Widerstandskraft auch diesmal die Krankheit wie die Grippe vor einigen Monaten ebenso sicher und bald überwinden werde. Wie die „Tägl. Rundschau“ erklärt, werde Dr. Stresemann wegen der Erkrankung des Reichsaußenministers bei seinem Besuch in Berlin von der geplanten Zusammenkunft mit Dr. Stresemann Abstand nehmen.

Antrag auf Erklärung des 11. August zum Nationalfeiertag.

Berlin. Die preussische Regierung und eine Reihe anderer Länder hat im Reichsrat den Antrag eingebracht, den 11. August, den Tag der Weimarer Verfassung, zum Nationalfeiertag zu erklären.

